

Die Probleme der „Unsichtbaren“

Die Migrationsberatungsstellen im Landkreis kümmern sich nicht nur um Geflüchtete, sondern auch um Zuwanderer aus vor allem osteuropäischen EU-Ländern – Land will Mittel kürzen

VON CHRISTIANE BEYER

Dannenberg. Wenn es in Lüchow-Dannenberg um Migrantinnen und Migranten geht, dann tauchen vor dem inneren Auge vieler meist geflüchtete Menschen auf. 625 von ihnen leben im Kreisgebiet, heißt es aus dem Kreishaus. Das sind weniger als die 688 Polinnen und Polen, die aktuell ebenfalls zwischen Elbe und Drawehn leben. Die meisten von ihnen arbeiten in verschiedenen Betrieben, vor allem der Lebensmittelindustrie diesseits und jenseits der Kreisgrenzen. Es sind Firmen, von denen viele Lüchow-Dannenger gar nicht wissen, dass es sie überhaupt gibt. Diese Erfahrung hat Britta Reinecke schon öfter gemacht. Sie ist Migrationsberaterin bei der LEB, der Ländlichen Erwachsenenbildung in Dannenberg. Für sie sind etwa die Polinnen und Polen die „unsichtbaren Migrant/innen“, die zwar in der Öffentlichkeit nicht weiter auffallen, die aber dennoch Probleme haben und Hilfe brauchen. Doch das Land Niedersachsen, das die Verträge mit den Migrationsberatungsstellen immer nur für ein Jahr schließt, plant nun große Kürzungen (siehe Kasten).

Osteuropäer eher unter sich

Die Menschen aus den östlichen EU-Ländern – neben Polen auch Rumänen oder Bulgaren – seien zum Teil schon seit mehreren Jahren im Kreisgebiet, übernehmen hier Tätigkeiten, für die sich längst keine Deutschen mehr fänden. Den Polinnen und Polen sei das auch sehr bewusst, sagt Reinecke. Auch ohne nennenswerte Sprachkenntnisse kämen sie in der Regel klar. Deutschkenntnisse bräuchten sie kaum, weil sie auf der Arbeit und in ihrer Freizeit unter sich blieben.

Als EU-Bürger/innen genießen diese Migrantinnen und Migranten Freizügigkeit, brauchen lediglich eine Meldeadresse. „Solange sie Arbeit haben, ist alles



Drei der fünf Beraterinnen und Berater, die im Landkreis auf zusammen zwei Vollzeitstellen Migrantinnen und Migranten aus fernen und nahen Ländern mit Rat und Hilfe zur Seite stehen: Britta Reinecke (links) und Saida Sakan von der LEB sowie Uta Müller von „Bleiben“.

Aufn.: Ch. Beyer

hübsch“, wissen Britta Reinecke und Uta Müller, ihre Kollegin von der Migrationsberatung „Bleiben“ des Vereins Kuba in Hitzacker. Doch die „Knochenjobs in der Kälte“, in der Regel mit Einjahresverträgen, gehen auf die Gesundheit. Manche werden langzeitkrank, andere kündigen, weil sie es nicht mehr aushalten, oder werden gekündigt. Wobei Letzteres seltener geworden sei, weil auch bei diesen Arbeitgebern das Personal knapp werde.

3067 AUSLÄNDER/INNEN Die Hälfte aus EU-Ländern

Im Landkreis sind laut Kreisverwaltung aktuell 3 067 Ausländerinnen und Ausländer gemeldet. Davon stammen 1429 aus allen EU-Ländern – bis auf Zypern. Die Polinnen und Polen stellen mit 688 Personen die größte Gruppe, gefolgt von 176 Menschen aus Rumänien und 111 aus Italien. Jeweils ein Mensch in Lüchow-Dannenberg hat die maltesische und slowenische Staatsbürgerschaft. Von den 635 Geflüchteten sind 110 Menschen noch im Asylverfahren. 88 haben eine Duldung.

Krank oder arbeitslos

Für die, deren Gesundheit nicht mehr mitspielt oder die ihre Arbeit verlieren, beginnen dann die Probleme. Denn krankenversichert sind sie nur, solange sie auch Arbeit haben. Oder Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben, weil sie in den vergangenen zwei Jahren zwölf Monate versicherungspflichtig arbeiteten. Einige erfüllten diese Voraussetzung, hätten aber wie auch manche Deutsche Schwierigkeiten mit der Antragstellung. Wer ohne Arbeit, Geld und Versicherung dableibe, beschwöre Ärger herauf, etwa eine Nachzahlung an die Krankenkasse. Und wer nach drei Monaten immer noch ohne Arbeit sei, müsse eigentlich wieder zurück, sagen Reinecke und Müller. Sie wissen von vielen dieser unsichtbaren Migrant/innen aus EU-Ländern, die dennoch versuchten, irgendwie durchzukommen. Anspruch auf Arbeitslosengeld II gebe es für sie nur unter ganz engen Voraussetzungen.

Über Mund-zu-Mund-Propaganda landen viele der Polinnen und Polen dann oft in der Beratung bei Britta Reinecke, denn sie spricht polnisch und russisch. „Frau Britta“ wird sie gemäß den polnischen Höflichkeitsregeln genannt. Sie unterstützt ihre Klienten bei allen Angelegenhei-

ten, die sie mangels Sprachkenntnissen nicht alleine lösen können. Etwa bei Problemen mit der Arbeitsagentur, mit der Krankenkasse, mit dem Energieversorger oder auch mit ihren Arbeitgebern. Mancher verweigere nach der Kündigung die Arbeitsbescheinigung, lasse Urlaubstage „verschwinden“, berichtet Reinecke. Uta Müller weist darauf, dass man auch die Einwohnermeldeämter manchmal daran erinnern müsse, dass hier geborene Kinder von Unionsbürgern, die seit acht Jahren

in Deutschland leben, automatisch Deutsche sind.

Migrationsberatung füllt Lücken im System

Die Migrationsberatungen, so stellen sie klar, füllten Lücken im System. Denn eigentlich sollen EU-Bürger im Jobcenter in ihrer Sprache Hilfe bekommen können: „Vergiss es.“ Zudem passieren dort „un glaubliche Fehler“, viele Papiere müssten dreimal eingereicht werden. Reinecke und Müller wundert nichts mehr: „Mittlerweile scannen wir die be-

nötigten Papiere ein und schicken sie so direkt an die Berater/innen.“ Allerdings seien die oft bemüht, Freiräume zu nutzen und stellen Gutscheine für Einzelcoachings aus, sodass über die LEB, die dafür zertifiziert sei, auf diesem Wege viele Menschen wieder in Arbeit kommen.

Anfragen von Arbeitgebern

An Britta Reinecke wenden sich aber auch Arbeitgeber. Etwa jener, der einen Rumänen unbefristet einstellte. Der Mann holte seine Familie nach und wollte, dass seine Kinder schon vor Schulbeginn einen Ferienkurs Deutsch besuchen. Eine Idee, die der Arbeitgeber gut fand, und für ihn bei der LEB nachfragte. Doch Sprachkurse für Kinder gibt es hier nicht. Die Wahl war Ehrenamt oder bezahlte Nachhilfe – oder nach Schulbeginn maximal zwei Wochenstunden Extraunterricht. Auch Arbeitgeber in der Gastronomie bemühten sich um ihre ausländischen Mitarbeiter/innen, sagt die Migrationsberaterin. Aber die Sprache bleibe ein Problem. Viele der Migrantinnen aus den östlichen EU-Ländern arbeiteten auf minderqualifizierten und nicht üppig bezahlten Jobs, seien eher weniger bildungsaffin. Zudem gebe es für EU-Bürger nur Integrationskurse. Doch die laufen über ein Dreivierteljahr vormittags, das passe nicht zu den Arbeitszeiten, und Geld kosteten sie auch. Ausnahmen bestätigten die Regel. Reinecke erinnert sich bewundernd an eine Polin, die im Zweischicht-System arbeitete und noch vor der Arbeit einen solchen Kurs absolvierte und in ihren Frühschicht-Wochen den verpassten Unterricht nacharbeitete.

KÜRZUNGEN UM 50 PROZENT

Protestbrief an Abgeordnete

Die Migrationsberatungsstellen im Lande – darunter auch die der LEB in Dannenberg und die Migrationsberatung „Bleiben“ des Vereins Kuba in Hitzacker – haben in diesen Wochen Briefe an die Landtagsabgeordneten geschrieben. Grund: Das Land will im Haushaltsentwurf für 2022/23 knapp 50 Prozent der Mittel für die Migrationsberatungen streichen: von 10,1 auf 5,3 Millionen Euro. Das bedeute massive Einschnitte, „die eine Fortführung auf dem bisherigen Beratungsniveau völlig unmöglich machen“, heißt es in dem Brief. Obwohl die Zahl der zugewanderten Geflüchteten aktuell nur langsam wachse, bleibe der Beratungsbedarf hoch, sei vielmehr durch die cononabedingten Veränderungen noch erheblich angestiegen, betonen Britta Reinecke und Uta Müller. Nicht nur Geflüchtete, auch EU-Bürger/innen hätten Beratungsbedarf.

In Lüchow-Dannenberg gibt es mit der LEB und „Bleiben“ nur noch zwei Institutionen mit je einer Vollzeitstelle, die über Landesmittel gefördert werden. Insgesamt fünf Beraterinnen und Berater teilen sich die Arbeit und ergänzen sich durch verschiedene Kompetenzbereiche: Die Schwerpunkte von „Bleiben“ liegen in den Themen Aufenthaltsrecht und Asylverfahren. Die LEB konzentriert sich auf Beratung und Vermittlung in Sprachkurse und die Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung. Allgemeine Migrationsberatung mit Behörden- und Ämterkorrespondenz findet bei beiden Trägern statt. Reinecke und Müller weisen darauf hin, dass eine gute Begleitung für eine schnellere Integration der Migrant/innen Sorge. Ihr Ziel sei es, Ankunft und Integration weiterhin wirkungsvoll unterstützen zu können – zum Wohle aller Menschen im Landkreis.

WIR GRATULIEREN

... den Eheleuten Hiltraud und Herbert Müller in Klein Wittfeitzen zur diamantenen Hochzeit am 29. September.

Die Wahl und aktuelle Themen

Gartow. Zur Wahlachlese und um über aktuelle Themen zu sprechen, lädt der SPD-Ortsverein Gartow zum „Stammtisch“ am morgigen Donnerstag ins Restaurant Lago di Gartow ein. Der Stammtisch, der für alle Interessierten offen ist, beginnt um 19 Uhr. *ejz*

Zu wenig barrierefreie Parkplätze

Der Auto-Club Europa (ACE) kritisiert „schlechte Parksituation für Menschen mit Handicap in Lüchow“

Lüchow. Die Parksituation in Lüchow stellt mobilitätseingeschränkte Menschen wie Rollstuhlfahrende, Verkehrsteilnehmende mit Rollator und auch mit Kinderwagen vor erhebliche Schwierigkeiten. Zu diesem Ergebnis kommt der Auto-Club Europa (ACE) nach einer Überprüfung der Situation durch Mitglieder des hiesigen ACE-Ortsvereins. Menschen mit eingeschränkter Mobilität sehen sich danach in Lüchow „beim Abstel-

len ihres Fahrzeugs in der Region vielfach mit Parkraum konfrontiert, der für sie nicht oder nur schlecht zugänglich“ sei.

Nach Angaben des ACE werden seine Kreis-Gliederungen im Rahmen eines Checks derzeit bundesweit Parkhäuser und Parkplätze auf Barrierefreiheit überprüfen. Dabei hätten sie in Lüchow vor allem hinsichtlich der Wegweiser Behinderten-Parkplatz, Markierungen, der Normgröße, ebener Parkflächen

und Beleuchtung zahlreiche Mängel dokumentiert. Ziel von Friedhelm Korth und Dorothea Brodersen vom ACE-Kreisvorstand Ostheide, zu dem Lüchow-Dannenberg gehört, sei, auf die Wichtigkeit barrierefreier Parkräume aufmerksam zu machen.

Der Parkplatz der Samtgemeinde Lüchow etwa sei weder ausreichend beleuchtet, noch stimme die Normgröße und es fehlten Wegweiser zu behinderten Parkplätzen, zieht Friedhelm Korth, der stellvertretende Vorsitzende des ACE-Kreises Ostheide, eine Bilanz der Überprüfung in Lüchow. Mit „eingeschränkter Mobilität“ hätten „vor allem diejenigen zu kämpfen, die auf einen Rollstuhl an-

gewiesen oder nicht gut zu Fuß unterwegs“ seien. Aber auch Eltern mit Kinderwagen stünden vor teils erheblichen Problemen, wenn Wege und Orte nicht barrierefrei gestaltet seien. „Unsere Aktion soll wachrütteln und Dinge verändern. Mit unserem Mängelkatalog gehen wir jetzt auf die Verantwortlichen zu, um gemeinsam dafür zu sorgen, dass auch in Lüchow öffentliche Parkplätze barrierefrei genutzt werden können“, so Korth.

Menschen mit mobilen Einschränkungen haben es laut ACE derzeit noch deutlich schwerer, Verkehrswege sicher zu nutzen als Menschen ohne Handicap. Dass die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs

(ÖPNV) bis zum 1. Januar 2022 vollständig barrierefrei sein müsse, sei in Deutschland gesetzlich fixiert. Dagegen seien aber nur 50 Prozent des gesamten Straßen- und Wohnumfelds heute wirklich frei von Barrieren, moniert der ACE: „Treppen ohne Rampen, fehlende oder defekte Fahrstühle, zu enge oder zu wenige barrierefreie Parkplätze sind trotz Vorgaben und Versprechungen noch immer vielerorts zu finden“, mahnt der Verband Verbesserungen an. Genau dort setzt die „ACE-Clubinitiative 2021“ an, sie „legt den Finger in die Wunde und will Lösungen anstoßen“. In welcher Form, das lassen die hiesigen ACE-Mitglieder allerdings offen. *ejz*